

# Leserbrief an die OSTSEE-ZEITUNG

## Justizstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern

Die Anfahrwege nicht weniger Bürgerinnen und Bürger wurden größer, die Wartezeiten auf Gerichtsprozesse wesentlich länger und die Gerichte, statt sie zu entlasten, überlastet!



OSTSEE-ZEITUNG.de

Montag 9. Oktober 2017



5 / 24



Montag, 9. Oktober 2017

DIALOG

Ostsee-Zeitung 5

### **Auch Justizreform schuld an Überlastung**

**Zu „Gerichte überlastet: Kriminelle kommen straffrei davon“ (OSTSEE-ZEITUNG vom 4. Oktober 2017):**

Für die Situation an den Gerichten in Mecklenburg-Vorpommern, wie sie in dem Beitrag geschildert wurde, ist in erheblichem Maße die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2013 beschlossene Justizstrukturreform schuld.

Der Verein Pro Justiz MV und der Richterbund MV hatten gewarnt, und dagegen sogar noch gemeinsam eine Volksabstimmung auf den Weg gebracht. Sicher vor allem deshalb, weil diese vorsah, mehrere Amtsgerichte zu schließen und die bisherigen Aufgaben dieser Gerichte, die geschlossen werden sollten, den übrig bleibenden Gerichten zusätzlich mit aufzubürden. Bei dieser Volksabstimmung in Mecklenburg-Vorpommern stimmten sogar etwa 83 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (etwa 19,4 Prozent der 1,3 Millionen Stimmberechtigten in MV) gegen diese Reform.

Doch aufgrund des hohen Quorums in Mecklenburg-Vorpommern von derzeit 33,3 Prozent (in Nordrhein-Westfalen sind nur 15 Prozent nötig) gilt die Volksabstimmung dennoch als gescheitert, so dass die Landesregierung das Ergebnis nicht beachten musste. Das „Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz“ wurde ohne Abstriche umgesetzt. Zuletzt wurde in Ribnitz-Damgarten das Amtsgericht geschlossen, wogegen viele Bürgerinnen und Bürger protestierten. Bei dieser durch die rigorose Umsetzung des „Gerichtsstrukturneuordnungsgesetzes“ in Mecklenburg-Vorpommern herbeigeführten Situation bleibt gleichzeitig auch ein weiteres Stück Demokratie auf der Strecke und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte ergeben sich arbeitsmäßig unhaltbare Zustände.

*Eckart Kreitlow, Ribnitz-Damgarten*

**So erreichen Sie uns:** OSTSEE-ZEITUNG, Richard-Wagner-Str. 1a, 18055 Rostock. Fax: 03 81/36 53 66  
**Internet:** [www.ostsee-zeitung.de/forum/](http://www.ostsee-zeitung.de/forum/)  
**E-Mail:** [redaktion-leserbriefe@ostsee-zeitung.de](mailto:redaktion-leserbriefe@ostsee-zeitung.de)

# Gerichte überlastet: Kriminelle kommen straffrei davon

Immer mehr Verfahren gegen Auflagen eingestellt / Richterbund warnt

Von Frank Pubantz

**Rostock.** Kleinkriminelle haben es gut: Die Chancen, in MV nach einer Straftat ohne Verurteilung davonzukommen, steigen. In den zurückliegenden Jahren stieg die Quote der gegen Geldauflagen eingestellten Verfahren stetig an, sie lag laut Richterbund 2016 bei gut 30 Prozent. Dieser macht dafür auch die wachsende Belastung von Staatsanwälten und Richtern mitverantwortlich. Forderung: Pro Jahr müssten 20 bis 25 neue Kollegen zusätzlich eingestellt werden. Laut Finanzminister Mathias Brodtkorb (SPD) sind für 2018/19 nur 15 neue Stellen geplant. Axel Peters, Vorsitzender des Richterbunds MV, warnt vor dem Kollaps. Der Nordosten sei in vielen Bereichen Schlusslicht bei Verfahrensdauer und Ausbildung von Nachwuchs. „Die Lage verschärft sich“, sagt Peters. Er beklagt wachsende Aktenberge bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Immer mehr Verfahren würden gegen Geld- oder andere Auflagen eingestellt.

Über 3000 Fälle waren es 2016 allein bei den Staatsanwaltschaften, wie das Justizministerium auf eine Anfrage im Landtag erklärt. Nicht anders sieht es an Gerichten aus: An den vier Landgerichten endeten im Vorjahr rund die Hälfte der mehr als 1000 Verfahren ohne Urteil. Ähnliche Zahlen gibt es zu Amtsgerichten. Es sei zu vermuten, dass hier ein Zusammenhang zur Überlastung besteht, so Peters, dass solche „Deals“ abgeschlossen werden, „um den Stapel der Verfahren zu verkleinern“. Matthias Manthei (Bürger für MV) teilt die Vorbehalte des Richterbundes. Er wisse aus früherer Arbeit als Richter und Staatsanwalt: „In starken Überlastungssituationen könnte die Versuchung groß sein, Verfahren einzustellen.“

Peters drängt die Politik zum schnellen Handeln. In den kommenden 15 Jahren würden zwei Drittel der Richter und Staatsanwälte in Pension gehen. Schon jetzt fehlen landesweit 32 Staatsanwälte (die OZ berichtete). „Das ist jeder Fünfte“, so Peters. Der Landesre-

# 30

**Prozent** der Verfahren wurden laut Richterbund in MV 2015 von Gerichten und Staatsanwaltschaften gegen Geldauflage eingestellt, Tendenz steigend.

**315 Richter** und Staatsanwälte von rund 600 gehen laut Regierung bis 2030 in Pension.

gierung wirft er vor, das Thema auszusitzen. Es müssten zusätzlich 60 Richter und Staatsanwälte ein Jahr lang arbeiten, um die Aktenberge abzubauen, so Peters. „Hier muss personell umgehend aufgestockt werden“, fordert Jacqueline Bernhardt (Linken).

Das Justizministerium dagegen kann aus den Statistiken zu Verfahren „keine Rückschlüsse auf die Personalausstattung der Strafrechtspflege“ ziehen. Dennoch habe es auf Mehrbelastung reagiert – durch Einstellung von 17 Richtern auf Probe ab 2016. Ministerin Katy Hoffmeister (CDU) sagte: Beim Thema Nachwuchs „müssen wir besser sein als andere Bundesländer“.

Weitere Entwicklungen machen dem Richterbund Sorgen, etwa die geringe Ausbildungsquote im Land oder die finanziellen Verlockungen für Juristen in der Wirtschaft. Zudem sei es um den Ruf der Gerichte bei der Verfahrensdauer nicht gut bestellt. Eine Übersicht des Ministeriums zeigt: MV liegt im Vergleich mit anderen Bundesländern meist hinten. **Seite 5**

# Justizstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern

Die Anfahrwege nicht weniger Bürgerinnen und Bürger wurden größer, die Wartezeiten auf Gerichtsprozesse wesentlich länger und die Gerichte, statt sie zu entlasten, überlastet!

-----Original-Nachricht-----

Betreff: Leserbrief an die OZ - Wesentliche Mitschuld an der gegenwärtigen Überlastungsmisere hat die Justizreform in MV

Datum: 2017-10-06T14:03:10+0200

Von: "Eckart Kreitlow" <eckartkreitlow@t-online.de>

An: "redaktion-leserbriefe@ostsee-zeitung.de" <redaktion-leserbriefe@ostsee-zeitung.de>, "ribnitz-Damgarten@ostsee-zeitung.de" <ribnitz-Damgarten@ostsee-zeitung.de>

Cc: "Eckart Kreitlow" <eckartkreitlow@t-online.de>

## Wesentliche Mitschuld an der gegenwärtigen Überlastungsmisere hat die Justizreform in Mecklenburg-Vorpommern

Leserbrief zum Beitrag in der OZ auf der Titelseite **"Gerichte überlastet: Kriminelle kommen straffrei davon"** vom 4. Oktober 2017

Für die Situation an den Gerichten in Mecklenburg-Vorpommern, wie sie in dem Beitrag geschildert wurde, ist in erheblichem Maße die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns 2013 beschlossene Justizstrukturreform Schuld.

Der Verein Pro Justiz MV und der Richterbund MV hatten gewarnt und dagegen sogar noch gemeinsam eine Volksabstimmung auf den Weg gebracht. Sicher vor allem deshalb, weil diese vorsah, mehrere Amtsgerichte zu schließen und die bisherigen Aufgaben dieser Gerichte, die geschlossen werden sollten, den übrig bleibenden Gerichten zusätzlich mit aufzubürden.

Bei dieser Volksabstimmung in Mecklenburg-Vorpommern stimmten sogar etwa 83 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (etwa 19,4 % der 1,3 Millionen Stimmberechtigten in MV) gegen diese Reform.

Doch aufgrund des hohen Quorums in Mecklenburg-Vorpommern von derzeit 33,3 Prozent (in NRW sind nur 15 % nötig) gilt die Volksabstimmung dennoch als gescheitert, so dass die Landesregierung das Ergebnis nicht beachten musste. Das "Gerichtsstrukturneordnungsgesetz" wurde ohne Abstriche umgesetzt. Zuletzt wurde in Ribnitz-Damgarten das Amtsgericht geschlossen, wogegen viele Bürgerinnen und Bürger protestierten. Bei dieser durch die rigorose Umsetzung des "Gerichtsstrukturneordnungsgesetzes" in Mecklenburg-Vorpommern herbeigeführten Situation bleibt gleichzeitig auch ein weiteres Stück Demokratie auf der Strecke und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte ergeben sich arbeitsmäßig unhaltbare Zustände.

**Eckart Kreitlow**, Ribnitz-Damgarten